

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-4-201

djb-Pressemitteilung 22-30 vom 25. Oktober 2022

Ein Leben für die Gerechtigkeit: djb-Ehrenpräsidentin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit wird morgen 90 Jahre alt

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) gratuliert seiner Ehrenpräsidentin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit zum 90. Geburtstag.

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit wurde am 26. Oktober 1932 in Hamburg geboren. Dem djb trat sie 1956 als Referendarin bei. Von 1977 bis 1981 war sie seine Erste Vorsitzende. Peschel-Gutzeit hat darüber hinaus in diversen djb-Kommissionen gewirkt, insbesondere der Beamtenrechtskommission, Rentenrechtskommission, Steuerrechtskommission, Jugendhilferechtskommission und der Familienrechtskommission. Letztere leitete sie 20 Jahre.

In ihren 66 Mitgliedsjahren hat Peschel-Gutzeit den Verein stark geprägt. 1966 hielt sie anlässlich einer Vorstandssitzung des Juristinnenbundes in München einen Vortrag über die Ungerechtigkeit, dass Frauen im öffentlichen Dienst gezwungen waren, auf Kinder zu verzichten, die Kindeserziehung vollständig in fremde Hände zu geben oder aus dem Berufsleben

auszuscheiden. Konsequenz gründete sie anschließend die Kommission Beamtenrecht im djb, innerhalb derer sie die Situation genauer analysierte und Auswege erarbeitete. Die Einführung von Teilzeitarbeit und Familienurlaub im Beamtenrecht 1968 ist ihr Verdienst und ging als „Lex Peschel“ in die Geschichte ein.

2018, als der djb 70 Jahre alt wurde, nannte Peschel-Gutzeit den djb den „Verein mit der größten Durchschlagskraft“ und erinnerte an die großen Anstrengungen, die nötig waren, um die rechtliche und gesellschaftspolitische Anerkennung des Vereins zu erreichen. „In meinem Leben gab es keinen Moment, in dem ich lieber ein Mann gewesen wäre. Dass ich mich für Frauenrechte einsetze, liegt an meinem Gerechtigkeitsbedürfnis, ich möchte, dass die Menschen in Gerechtigkeit zusammenleben,“ sagte sie.

Der djb bedankt sich für die langjährige enge Zusammenarbeit und wünscht seiner geschätzten Ehrenpräsidentin alles erdenklich Gute.

DOI: 10.5771/1866-377X-2022-4-201

Aktuelle Pressemitteilungen

- | | |
|--|--|
| <p>22-38 Ein Leben frei von Gewalt ist für zu viele Frauen in Deutschland nicht möglich</p> <p>22-37 Weiterhin große Herausforderungen bei der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen</p> <p>22-36 Klimapolitik – von der COP27 muss ein Zeichen ausgehen</p> <p>22-35 Solidarität mit der feministischen Revolution in Iran!</p> <p>22-34 Einführung des Bürgergeldes: Chance nutzen, um Benachteiligung von Frauen durch das SGB II abzubauen</p> <p>22-33 Demokratische Teilhabe umfassend ermöglichen! Der djb bezieht Stellung zum geplanten Demokratieförderungsgesetz</p> <p>22-32 Digitalisierung geschlechtergerecht denken! Der djb kritisiert die aktuelle Digitalstrategie der Bundesregierung</p> <p>22-31 Juristische Ausbildung endlich inklusiver gestalten! Deutscher Juristinnenbund (djb) fordert in Sachsen mehr Anerkennung für sorgetragende Referendar*innen</p> <p>22-30 Ein Leben für die Gerechtigkeit: djb-Ehrenpräsidentin Dr. Lore-Maria Peschel-Gutzeit wird morgen 90 Jahre alt</p> <p>22-29 GREVIO-Bericht bestätigt djb-Forderungen – Das Ergebnis: Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Deutschland nicht ausreichend</p> <p>22-28 Solidarität mit den Demonstrierenden in Iran nach dem Femizid an Mahsa Amini: djb fordert die Außenministerin zu schnellem Handeln auf</p> | <p>22-27 Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik geschlechtergerecht gestalten – Alterssicherung als öffentliche Aufgabe</p> <p>22-26 Eine unabhängige Justiz braucht Diskriminierungsfreiheit</p> <p>22-25 Gute Ansätze, aber ausbaufähig – Deutscher Juristinnenbund fordert geschlechtergerechtes Teilzeitreferendariat in Hamburg</p> <p>22-24 Digitalstrategie der Bundesregierung enthält gleichstellungspolitisch wenig Konkretes</p> <p>22-23 Ein bisschen Teilzeit für wenige?! Juristinnenbund kritisiert baden-württembergische Reform der juristischen Ausbildung als nicht inklusiv genug</p> <p>22-22 Juristinnenbund begrüßt Ergänzung des § 46 StGB und fordert weitergehende Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt</p> <p>22-21 Teilzeit, aber richtig! Juristinnenbund fordert in Niedersachsen eine Entlastung für sorgetragende Referendar*innen auf Augenhöhe</p> <p>22-20 Der Deutsche Juristinnenbund fordert: Vereinbarkeitsrichtlinie endlich vollständig umsetzen</p> <p>22-19 100 Jahre Frauen in juristischen Berufen – Jahrestag des „Gesetzes über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen in der Rechtspflege“</p> <p>22-18 Bunderichter*innenwahl 2022: Endlich – Chance genutzt!</p> |
|--|--|